



Nr. 14

20. April 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission](#)

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

[Beamtenrecht und Tattoos: dbb fordert bundesweit gleiche Standards](#)

Europäischer Abend

[EU-Migrationspolitik: „Alle brauchen qualifizierte Zuwanderung“](#)

EU-Cybersolidaritätsgesetz

[dbb begrüßt Maßnahmen der EU im Kampf gegen Cyberbedrohungen](#)

Kabinettsbeschluss

[Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz: Gute Ideen wieder zurückgenommen](#)

dbb senioren

[Startklar für den dbb bundesseniorenkongress](#)

dbb frauen

[Kreutz: Geld für „Familienstartzeit“ ist gut investiert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

[Knecht: Lehrkräftemangel spitzt sich durch vorzeitige Altersabgänge zu](#)

Nordrhein-Westfalen

[Ziemiak: Wir brauchen einen zukunftsfähigen, attraktiven und stabilen öffentlichen Dienst](#)

Thüringen

[Politische Beamte: „Es darf kein Eindruck von Willkür entstehen“](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Einsatztrainingszentren dringend erforderlich](#)

VDStra.- Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten

[Zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des Straßen- und Verkehrswesens](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss steigt alarmierend](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Bund und Kommunen Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission

Die Schlichtungskommission für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen hat eine Presseerklärung veröffentlicht. Wir dokumentieren sie hier im Wortlaut.

Berlin/Göhren-Lebbin, 15. April 2023

Tarifrunde öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen: Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission

Die Beratungen der Schlichtungskommission in der Tarifrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sind am Abend des 14. April 2023 beendet worden. Der Empfehlung wurde von der Schlichtungskommission mit überwiegender Mehrheit zugestimmt.

„Wir sind als Schlichter einen neuen Weg gegangen: Für 2023 gibt es einen Inflationsausgleich, ab 1. März 2024 einen Sockelbetrag verbunden mit einer linearen Erhöhung. Der Mix ist ein fairer Interessenausgleich, für den natürlich auch viel Geld in die Hand genommen werden muss – eine gute Investition in einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst“, sagte der Vorsitzende der Schlichtungskommission, Prof. h.c. Hans-Henning Lühr. Der ehemalige Bremer Staatsrat Lühr war von der Arbeitnehmerseite als Schlichter benannt worden.

„Unter Berücksichtigung der hohen Inflationsraten, der Interessen der Beschäftigten aber auch der Steuer- und Gebührenzahler kann ich trotz der ungewöhnlichen Höhe die Empfehlung der Schlichtungskommission mittragen und hoffe auf eine schnelle und einvernehmliche Regelung des Tarifkonflikts auf dieser Basis“, betonte der zweite Vorsitzende der Schlichtungskommission, der ehemalige sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt. Ihn hatte die Arbeitgeberseite als Schlichter berufen.

Die Empfehlung der Schlichtungskommission sieht im Kern folgende Regelungen vor:

Beschäftigten, die unter den TVöD oder TV-V fallen, wird ein Inflationsausgleichsgeld gezahlt, beginnend mit einer Sonderzahlung von 1.240 Euro im Juni 2023. In den Monaten Juli

2023 bis einschließlich Februar 2024 werden dann monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 220 Euro geleistet. Die Zahlungen aus dem Inflationsausgleichsgeld summieren sich auf insgesamt 3.000 Euro und sind steuer- und abgabenfrei.

Die Tabellenentgelte werden für die genannten Bereiche ab dem 1. März 2024 zunächst um 200 Euro (Sockelbetrag) und anschließend um 5,5 Prozent erhöht. Soweit dabei keine Erhöhung um 340 Euro erreicht wird, wird der betreffende Erhöhungsbetrag auf 340 Euro gesetzt.

Studierende, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten erhalten abweichend von den oben genannten Regelungen im Juni 2023 ein Inflationsausgleichsgeld von 620 Euro und ab Juli 2023 bis Februar 2024 monatlich 110 Euro. Die Ausbildungsentgelte werden für sie ab März 2024 um 150 Euro angehoben.

Für Beschäftigte, die unter den TV-N (Nahverkehr) der kommunalen Arbeitgeberverbände in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz fallen, erhöhen sich die Tabellenentgelte um 200 Euro (Sockelbetrag) und anschließend um 5,5 Prozent. Die Erhöhung beträgt in jedem Fall 340 Euro.

Die Laufzeit der Vereinbarung beträgt 24 Monate ab Januar 2023.

Auf Basis der Schlichtungsempfehlung werden die Tarifparteien am kommenden Samstag, dem 22. April 2023, die Tarifverhandlungen in Potsdam wieder aufnehmen.

Das Schlichtungsverfahren war von Bund und Kommunen am 30. März 2023 auf Grundlage der gültigen Schlichtungsvereinbarung eingeleitet worden. Zuvor hatten die Gewerkschaften das Scheitern der Verhandlungen in der dritten Runde erklärt.

Alle dbb Informationen gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

Beamtenrecht und Tattoos: dbb fordert bundesweit gleiche Standards

Der dbb fordert beim Thema Tätowierungen bundesweit gleiche beamtenrechtliche Standards und deren regelmäßige Überprüfung mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz.

„Für den Zugang zum Beamtenverhältnis gibt es aufgrund des Lebenszeitprinzips und der eigenständigen Rechtsstellung besonders hohe Anforderungen für die Auswahl nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. So dürfen – neben weiteren Voraussetzungen – nur jene in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden, die auch charakterlich uneingeschränkt geeignet sind. Das äußere Erscheinungsbild ist dabei ein Teilaspekt, der Rückschlüsse auf die charakterliche Eignung zulassen kann. Auch von Tätowierungen können durch die besondere Symbolhaftigkeit gegebenenfalls Rückschlüsse auf die charakterliche Eignung oder eben Nichteignung gezogen werden. Zudem dürfen generell keine Zweifel an der unvoreingenommenen Amtsführung hervorgerufen werden“, erläuterte dbb Vize und Beamtenvorstand Friedhelm Schäfer am 20. April 2023 anlässlich des Diskussionsformats „dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST“ in Berlin zum Thema „Tätowiert... War's das mit der Verbeamtung?“.

Immer wieder hätten sich vor diesem Hintergrund Verwaltungsgerichte mit der Frage auseinanderzusetzen, ob tätowierte Bewerberinnen und Bewerber für die Übernahme in das Beamtenverhältnis ungeeignet sein könnten. „Zwar hat der Bund 2021 für Beamtinnen und Beamten des Bundes und der Länder grundsätzliche Vorgaben zum Erscheinungsbild gemacht, was ausdrücklich zu begrüßen ist“, so Schäfer. „Wir brauchen bundesweit gleiche beamtenrechtliche Standards, alles andere wäre unglaubwürdig und weder intern noch extern vermittelbar. „Allerdings gehören diese Standards regelmäßig auf den Prüfstand. Denn das Tragen von Tätowierungen ist gesellschaftlich mittlerweile weitgehend akzeptiert. Sind beispielsweise im Bereich einer

obersten Dienstbehörde Tätowierungen eingeschränkt oder untersagt worden, so muss die weitere Entwicklung beobachtet und überprüft werden, ob die Einschränkung noch zeitgemäß und mit Blick auf die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Beamtinnen und Beamten weiterhin gerechtfertigt ist. Gibt es diesbezüglich Zweifel, sind die rechtlichen Vorgaben anzupassen“, sagte der dbb Vize, betonte jedoch zugleich ausdrücklich: „Das Vertrauen der Bevölkerung in die Neutralität, Objektivität und Unparteilichkeit von Beamtinnen und Beamten ist ein überragendes Gut für unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Dies gilt insbesondere, wenn es sich um Uniformträgerinnen und Uniformträger handelt, die hoheitliche Maßnahmen durchsetzen. Tattoos mit diskriminierenden, rechts- oder linksradikalen, gewaltverherrlichenden oder sexistischen Motiven sind in jedem Fall ein No-Go. Demgegenüber kommt es bei inhaltlich neutralen Tätowierungen im sichtbaren Bereich je nach Dienstort und Tätigkeitsbereich auch auf den Einzelfall an“, so Schäfer.

Hintergrund

Beim dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital diskutieren unter der Überschrift „Tätowiert... War's das mit der Verbeamtung?“ am 20. April 2023 von 16:00 bis 17:30 Uhr im Livestream Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Prof. Dr. iur. Lars Oliver Michaelis, Professor für Europa- und Beamtenrecht, Valentino Tagliafierro, Personalratsvorsitzender bei der Feuerwehr Duisburg, und Christian Beisch, Vorsitzender des Bezirkspersonalrats bei der Generalzolldirektion. Weitere Informationen auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Europäischer Abend EU-Migrationspolitik: „Alle brauchen qualifizierte Zuwanderung“

Die Migrations-Herausforderungen sind enorm, aber nicht unlösbar, sagt dbb Chef Ulrich Silberbach: Europa müsse im eigenen Interesse und zugleich solidarisch und rechtsstaatlich handeln.

„Obwohl der Fachkräftemangel mittlerweile ganz Europa betrifft und Einigkeit darüber herrscht, dass alle qualifizierte Zuwanderung brauchen, um Wohlstand und soziale Sicherheit zukunftsfest zu machen, zeigen sich die EU-Staaten weiter uneins und unsolidarisch im Umgang mit Migration“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach anlässlich des Europäischen Abends am 19. April 2023 in Berlin fest. Zwar habe die Hilfe für die flüchtenden Menschen aus der Ukraine auch dank des enormen Einsatzes der Zivilgesellschaft gut geklappt. „Auf die irreguläre Migration aus anderen Teilen der Welt finden wir Europäer aber bisher keine überzeugenden gemeinsamen Antworten. Auf den Grenzschutz können wir uns noch verständigen, mehr Solidarität bei der Aufnahme und der Verteilung der geflüchteten Menschen gelingt uns in Europa jedoch nicht.“ Gleichzeitig meldeten Städte und Gemeinden, dass sie an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazitäten stoßen – „nicht nur in finanzieller und technischer Hinsicht, sondern auch was die Akzeptanz in der heimischen Bevölkerung angeht“, so Silberbach.

„Die Gemengelage scheint in Anbetracht ihrer Komplexität unlösbar. Doch die praktischen wie ethischen Widersprüche können wir auflösen, wenn wir uns das große Bild vor Augen halten: Es liegt im ureigenen Interesse Europas, die Risiken, die demografischer Wandel und Fachkräftemangel für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit bergen, durch geregelte und qualifizierte Zuwanderung und nachhaltige Integration zu minimieren. Wenn dies Konsens ist, werden wir der solidarischen Aufnahme, Verteilung und Ansiedelung qualifizierter Zuwandernder ein ganzes Stück näherkommen. Ergänzend dazu müssen die entsprechenden Voraussetzungen in der Infrastruktur geschaffen werden – Stichwort Wohnraum, Stichwort Bildung. Nur, wenn Einwanderung für alle tragbar und Teilhabe für alle möglich ist, werden die Gesellschaften die Zuwandernden akzeptieren und integrieren“, betonte der dbb Chef. „Ganz entscheidend ist es zudem, dass Europa seinen rechtsstaatlichen Prinzipien treu

bleibt. Natürlich brauchen wir einen besseren Schutz der Außengrenzen. Gleichzeitig will aber niemand, der mit beiden Füßen fest auf dem Boden unserer Verfassungen und Werte steht, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, dass es zu Push-Backs kommt, dass wir in Europa gegen internationales Recht verstoßen. Denn wer meint, Menschenrechtsverletzungen an unseren Außengrenzen seien hinzunehmen, wird die Menschenrechte über kurz oder lang auch im Innern nicht verteidigen können“, warnte Silberbach, stellte zugleich aber klar: „Die effektive Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben, ist keine Menschenrechtsverletzung, sondern eine nicht schöne, doch aber notwendige Voraussetzung für die weitere Aufnahmebereitschaft der heimischen Bevölkerung.“ Europa sei dann stark, „wenn es seine langfristigen Interessen beachtet, solidarisch handelt und seine rechtsstaatlichen Prinzipien bewahrt“, hielt der dbb Bundesvorsitzende fest und appellierte, in diesem Sinne eine gemeinsame europäische Migrationsstrategie zu entwickeln.

Hintergrund

Der Europäische Abend gilt als Flaggschiffveranstaltung des europapolitischen Berlins und ist eine Kooperationsveranstaltung des dbb beamtenbund und tarifunion mit der Europa-Union Deutschland, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Seit 2006 findet das Event regelmäßig im dbb forum berlin statt. Zum Fachkräftemangel in Europa wurde am 19. April 2023 die Frage „Wie gelingt die EU-Migrationspolitik?“ diskutiert. Nach Impulsen von EU-Kommissar Nicolas Schmit, zuständig für Beschäftigung, Soziales und Integration, Anton Hofreiter, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, und Linn Selle, Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland, widmeten sich drei Breakout Sessions besonderen Aspekten der Migrationspolitik. Weitere Informationen auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

EU-Cybersolidaritätsgesetz dbb begrüßt Maßnahmen der EU im Kampf gegen Cyberbedrohungen

„Europa muss widerstandsfähiger gegen Cyberbedrohungen werden“, sagt dbb Vize Friedhelm Schäfer und begrüßt den Gesetzentwurf der Europäischen Kommission für ein EU-Cybersolidaritätsgesetz.

„Die Anzahl von Cyberangriffen, gerade auch gegen staatliche Einrichtungen, hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Viele Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland waren bereits betroffen. Durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Bedrohung durch staatliche russische Hackergruppen ist die Gefahr noch einmal deutlich gestiegen. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die Europäische Kommission Maßnahmen für mehr Cybersicherheit vorgelegt hat“, sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Friedhelm Schäfer, am 18. April 2023 in Berlin, nachdem die Europäische Kommission ihren Gesetzentwurf für ein EU-Cybersolidaritätsgesetz vorgelegt hatte. Die Kommission schlägt die Einrichtung eines europäischen Cyberschutzschildes, einen Cybernotfallmechanismus und eine neue Akademie für Cybersicherheitskompetenzen vor. Das Gesamtbudget für alle Maßnahmen des EU-Cybersolidaritätsgesetzes beläuft sich auf 1,1 Milliarden Euro. „Staatliche und private

Hackergruppen operieren international. Daher sind rein nationale Maßnahmen für mehr Cybersicherheit nicht ausreichend. Wir brauchen eine gemeinsame Antwort, mehr Austausch und eine enge Kooperation zu diesem Thema innerhalb der Europäischen Union. Cybersicherheit war viel zu lange ein Nischenthema, mit dem EU-weiten Gesetzesvorhaben bestehen nun gute Chancen, auf breiter Front Prävention sicherstellen und nachhaltig gegen Cyberkriminelle vorgehen zu können“, betonte Schäfer.

Mit dem vorgeschlagenen EU-Cybersolidaritätsgesetz kommt die Kommission der Forderung der Mitgliedstaaten nach, die Cyber-Resilienz der EU zu stärken, und erfüllt ihre in der jüngsten Gemeinsamen Mitteilung zur EU-Cyberabwehrpolitik gemachte Zusage, eine EU-Initiative für Cybersolidarität auszuarbeiten. Das Europäische Parlament und der Rat werden nun den Verordnungsvorschlag für das EU-Cybersolidaritätsgesetz prüfen.

Kabinettsbeschluss

Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz: Gute Ideen wieder zurückgenommen

Die Bundesregierung will das eigentlich geplante Entlastungsbudget für pflegende Angehörige nun doch nicht einführen. Vom dbb kommt deutliche Kritik.

Mit dem Entlastungsbudget für pflegende Angehörige sollten, so die ursprüngliche Idee, die Leistungen der Verhinderungs- und der Kurzzeitpflege zusammengefasst werden und so flexibler und leichter in Anspruch genommen werden können. Im Entwurf für das Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz (PUEG), der nun vom Bundeskabinett beschlossen wurde, ist das Entlastungsbudget aber nicht mehr enthalten. „Es beschleicht einen das Gefühl, dass das intransparente Leistungsdickicht politisch gewollt ist. Anders lässt sich die Streichung des Entlastungsbudgets aus dem Referentenentwurf nicht erklären“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 11. April 2023.

Die Zusammenlegung der Leistungen der Kurzzeit- und der Verhinderungspflege wird schon lange diskutiert. Die derzeitigen komplizierten Anrechnung- und Inanspruchnahme-Möglichkeiten sei kontraproduktiv, so der dbb Chef: „Gute pflegerische Versorgung in den eigenen vier Wänden darf nicht an mangelnder Kenntnis über das Leistungsrecht scheitern. Hier werden wir im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens nochmal vehement nachhaken müssen.“ Der dbb fordere seit Jahren die Budgetierung von Pflegeleistungen.

Insgesamt sei der PUEG-Entwurf „kein großer Wurf, sondern Flickschusterei“, erklärte Silberbach. „Wir brauchen Antworten auf Demografie, Fachkräftemangel und Inflation. Aspekte, die die Pflegeversicherung ganz unmittelbar

betreffen und in ihrer derzeitigen Form in Frage stellen. Fünfprozentige Leistungsanhebungen in einigen Bereichen führen gewiss

nicht zu mehr Nachhaltigkeit und werden dem Namen des Gesetzes sicher nicht gerecht.“

dbb senioren

Startklar für den dbb bundessenienkongress

Am 17. und 18. April 2023 stellte die Hauptversammlung der dbb bundessenienvertretung die Weichen für den 3. Bundessenienkongress im Herbst.

Das höchste Gremium der dbb bundessenienvertretung, der dbb Bundessenienkongress, wird am 16. und 17. Oktober 2023 unter dem Motto „Zukunft. Mit uns. Für alle.“ in Berlin tagen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hauptversammlung, die am 17 und 18. April im Berliner dbb forum getagt hat, nominierten die Mitglieder für das Tagungspräsidium, den Ältestenausschuss und den Antragsausschuss, beschlossen die Anträge der Hauptversammlung an den Kongress und verabschiedeten die für die Tagung anzuwendenden Regelwerke.

Mit den Anträgen der Hauptversammlung an den bundessenienkongress sollen die politischen Leitlinien der dbb bundessenienvertretung und somit die Arbeitsaufträge für die neu zu wählende Geschäftsführung der dbb senioren definiert werden. Sie zeigen die zahlreichen Baustellen auf dem Gebiet der Politik mit und für Ältere. Wichtige Anliegen der dbb senioren sind unter anderem der Erhalt der Beamtenversorgung sowie der Beihilfe, das Bemühen um mehr Rentengerechtigkeit, die Finanzierbarkeit und Durchführung der Pflege, eine Verbesserung der öffentlichen Mobilität in Stadt und Land für Ältere sowie deren gesicherte medizinische Versorgung.

dbb frauen

Kreutz: Geld für „Familienstartzeit“ ist gut investiert

Bundesfamilienministerin Lisa Paus will eine arbeitgeberfinanzierte Auszeit für die Partner von Müttern nach der Geburt. Die dbb frauen unterstützen die Pläne.

Die Pläne von Paus sehen vor, im Jahr 2024 die sogenannte Familienstartzeit einzuführen. Gemeint ist damit eine bezahlte Freistellung von zehn Arbeitstagen. Bezahlen sollen das die Arbeitgebenden durch höhere Beiträge in den Umlagetopf, aus dem bisher der Mutterschutz finanziert wird. Diese lehnen das Vorhaben ab, und auch innerhalb der Bundesregierung ist die Finanzierung sowohl durch die Unternehmen als auch durch Steuermittel umstritten.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb frauen und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, machte am 20. April 2023 deutlich, dass sie das Geld für die „Familienstartzeit“ in jedem Fall für gut angelegt hält: „Das ist eine langfristige Investition in eine nachhaltigere und geschlechtergerechtere Zukunft. Sobald ein Kind geboren wird und die Elternzeit beginnt, müssen Paare eine wichtige Entscheidung über die Aufteilung ihrer Aufgaben bei der Familien- und Erwerbsarbeit treffen. Diese Entscheidung

hat oft eine dauerhafte Wirkung sowohl auf Familienleben als auch Karrierechancen der beteiligten Personen – meist zum Nachteil der Frauen. Das auch dadurch ungenutzte Potenzial der Frauen-Erwerbstätigkeit kostet Gesellschaft und Wirtschaft am langen Ende deutlich mehr. Diesen Aspekt scheinen Arbeitgebende und der Bundesfinanzminister allerdings einfach auszublenken.“

Dabei gebe es dazu aussagekräftige Zahlen, so Kreutz: „Laut einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation könnte die deutsche Wirtschaftsleistung um 66,8 Milliarden Euro steigen, wenn die Lücke zwischen Frauen und Männern in der Erwerbsquote bis 2025 um 25 Prozent reduziert würde. Die finanzielle Belastung für den Bundeshaushalt durch Maßnahmen wie die bezahlte Partner-Auszeit ist dagegen zu vernachlässigen. Wenn wir Frauen in ihrer Karriere fördern, fördern wir langfristig auch unsere Wirtschaft.“

Darüber hinaus dürfe man nicht vergessen, dass es sich bei der bezahlten Partnerschaftsfreistellung um die Umsetzung einer EU-Richtlinie vom Juli 2022 handelt: „Die EU-Kommission hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil wir die EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie

und Beruf nicht richtig umgesetzt haben. Warten wir jetzt solange, bis wir vor dem Europäischen Gerichtshof angeklagt werden oder gehen wir mit gutem Beispiel voran und zeigen, dass wir die Sorgen und Bedürfnisse von Familien ernstnehmen?“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

Knecht: Lehrkräftemangel spitzt sich durch vorzeitige Altersabgänge zu

Am 14. und 15. April 2023 fand in Güstrow der 12. Verbandstag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), der größten Bildungsgewerkschaft innerhalb des dbb m-v, statt.

„Wer den Lehrermangel beseitigen will, darf sich nicht nur darauf fokussieren, wie man mehr Menschen in das Bildungssystem bringt, sondern mit mindestens gleicher Intensität darauf, wie man die im System befindlichen Menschen gesund erhalten und darüber hinaus auf freiwilliger Basis gewinnen kann zu bleiben“, sagte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht dort im Beisein von Bildungsministerin Simone Oldenburg und weiteren Mitgliedern des Landtages.

Mit Blick auf jüngste Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz, die gegen die Personalengpässe unter anderem größere Klassen und mehr Arbeit für Lehrkräfte empfohlen hatte, warnte Knecht vor einem weiteren Attraktivitätsverlust des Lehrberufs.

Im Ländervergleich habe Mecklenburg-Vorpommern außerdem den höchsten Anteil von Pädagogen im Alter von über 60 Jahren, die sich mit den Themen Integration und Inklusion überfordert fühlten. Diese klassisch ausgebildeten Lehrkräfte müssten darüber hinaus neben der Kompensation der Personalengpässe

auch die wenig bis gar nicht geschulten Seiteneinsteiger unterstützen, was immer häufiger dazu führe, dass sie unter Inkaufnahme hoher Renteneinbußen den Dienst vorzeitig quittieren, was den Lehrkräftemangel weiter zuspitze, so der dbb Landesvorsitzende.

Um alle so lange wie möglich im Bildungssystem zu halten, müssten alle demokratischen Kräfte zum Wohle der Schülerinnen und Schüler wie auch der Lehrkräfte an einem Strang ziehen, anstatt in ein parteipolitisches Gezänk abzudriften, so Knecht. Zudem erneuerte er die Kritik des dbb Landesbundes und seiner Bildungsgewerkschaften, die bereits mit Bekanntwerden des rot-roten Koalitionsvertrages bemängelt hatten, dass die demotivierend hohe Unterrichtsverpflichtung, als die höchste im Bundesdurchschnitt, erst zum Ende der Legislaturperiode 2026 auf den Prüfstand soll.

„Das Hausaufgabenheft der Politik ist jetzt voll, und wenn wir eine bildungspolitische Katastrophe verhindern wollen, ist es jetzt an der Zeit, gemeinsam mit uns um Lösungen zu ringen und nicht erst 2026, wo dieses wichtige Thema womöglich im Wahlkampf untergeht“, so Knecht.

Nordrhein-Westfalen

Ziemiak: Wir brauchen einen zukunftsfähigen, attraktiven und stabilen öffentlichen Dienst

Im Interview mit dem DBB NRW Magazin hat der neue Generalsekretär der CDU NRW Paul Ziemiak (MdB) gefordert, dass im Wettbewerb um Fachkräfte der öffentliche Dienst auch in Zukunft attraktiv bleiben müsse.

Dafür hält Ziemiak eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst notwendig. Es sei etwa sinnvoll, wenn das Land Optionen prüfe und Objekte, in denen sich Co-Working realisieren lasse, für ein solches Angebot zur Verfügung stellt.

Gefragt nach der Passage im Koalitionsvertrag der Landesregierung, in dem von der Einführung der pauschalierten Beihilfe die Rede ist,

weist Paul Ziemiak daraufhin, dass sich die Koalition klar zum Berufsbeamtentum mit seinen drei Säulen aus Alimentation, Beihilfe und Versorgung bekenne. Er selbst finde, dass das duale System aus Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung ausgezeichnet funktioniere und es keinen Anlass gäbe, das System in Frage zu stellen.

Thüringen

Politische Beamte: „Es darf kein Eindruck von Willkür entstehen“

Noch immer führt der Sonderbericht des Thüringer Rechnungshofes über die Prüfung der „Stellenbesetzung in den Leitungsbereichen der obersten Landesbehörden“ zu kontroversen Diskussionen.

In der MDR-Sendung „Fakt ist!“ vom 17. April 2023 sagte der Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb) Frank Schönborn über den Umgang mit politischen Beamten: „Nicht nur, dass bei den politischen Beamten der Schwerpunkt bei der Auswahl immer stärker auf dem Parteibuch liegt, auch bei der Besetzung von Spitzenpositionen beobachten wir zunehmend eine solche Politisierung. Der subjektiv wahrgenommene Verlust des Grundsatzes der Bestenauslese im öffentlichen Dienst führt bei den Beschäftigten zu Motivations- und Vertrauensverlust in die Politik. Diese Entwicklung in den letzten zehn Jahren beobachten wir mit Erschrecken.“

Schönborn verwies in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung der Universität Kassel („Regierungskonstellationen und die Politisie-

rung der Ministerialbürokratie“), die Spitzenbeamtinnen und -beamten in Thüringen eine vergleichbar hohe Politiknähe nachweise. Laut Grundgesetz müsse die Personalauswahl im öffentlichen Dienst aber sowohl bei der Einstellung als auch bei der Übertragung von Leitungs- und Spitzenpositionen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erfolgen. Der tbb Chef: „Auch bei der Auswahl sogenannter politischer Beamter steht das Prinzip der Bestenauslese im Vordergrund und damit eine Auswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung. Daneben tritt das besondere Vertrauensverhältnis, was zu einem zukünftigen politischen Beamten bestehen muss. Aber das ‚mehr‘ an Vertrauen sollte nicht zu einem ‚weniger‘ bei Eignung, Leistung und Befähigung führen.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Einsatztrainingszentren dringend erforderlich

Ohne Kenntnis der Anforderungen an ein modernes Zolltraining hat der Bund der Steuerzahler die vom BDZ unter großem Aufwand errungene Neubaususage für die elf Einsatztrainingszentren (ETZ) öffentlich in Zweifel gezogen.

Dazu stellt der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel am 13. April 2023 klar: „Die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen im Einsatz ist unbezahlbar. Eigene Trainingsstätten für den Zoll und ein modernes Training sind die einzig sinnvolle Antwort auf die zunehmende Gewalteskalation gegen unsere Vollzugskräfte.“

Im vergangenen Jahr berichtete der BDZ über den – damals schon überfälligen – Beginn der Bauplanungen für die elf neuen Einsatztrainingszentren, die im gesamten Bundesgebiet entstehen sollen, um den rund 20.000 waffentragenden Zöllnerinnen und Zöllnern eine einsetzorientierte und bedarfsgerechte Aus- und Fortbildung zu bieten.

Gegenüber der „Bild am Sonntag“ bewertete der Präsident des Bund der Steuerzahler (BdSt), Reiner Holzengel, das Neubauprojekt zuletzt jedoch als „überdimensioniert“ und sprach von einer „Goldrandlösung“. Dabei lieferte er allerdings bis auf den Verweis auf vermeintlich zu hohe Bau- und Mietkosten in der eigentlichen Sache keine Begründung für diese Aussage. Der BDZ verweist nun darauf, dass die Gesamtsumme der Investition von

rund einer Milliarde Euro unter den gegenwärtigen Umständen massiv gestiegener Baukosten betrachtet werden müsse. Außerdem habe Holzengel offenbar nicht realisiert, dass der aktuelle Zustand des Ausweichens auf externe Anbieter und die damit verbundenen Kosten überhaupt kein Vergleichsmaßstab sein können. Denn ein vom Zoll autonom durchführbares, flexibel gestaltbares und an die heutigen Anforderungen angepasstes Einsatztraining gebe es bisher nicht, obwohl es dringend erforderlich sei. „Wir wollen nicht weiter als Bittsteller für die Nutzung von Trainings- und Schießanlagen auftreten, die meistens nicht unserem Standard entsprechen“, so Liebel.

In Zeiten des Ausufers vom gewaltsamen Übergriffen gegen Staatsbedienstete laufen die Äußerungen des BdSt auf eine völlige Verkennerung der Realität hinaus, so der BDZ Chef weiter. Wirkungsvoller Schutz gegen Gefährdung im Einsatz setze mindestens umfassende Trainings voraus, die auf praxisnahe Szenarien ausgerichtet sind. Weiterhin hält der BDZ an der Umsetzung eines Gewaltschutzprogramms für die gesamte Zollverwaltung auf Basis der zwischen Bundesfinanzminister Christian Lindner und dem Hauptpersonalrat vereinbarten Gewaltschutzklärung fest.

VDStra.- Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten Zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des Straßen- und Verkehrswesens

Die VDStra. hat erneut darauf hingewiesen, dass die Beschäftigten des Straßen- und Verkehrswesens während ihrer tagtäglichen Arbeit häufig beschimpft, mit Gegenständen beworfen oder sogar direkt körperlich angegangen werden.

„Es war nur eine Frage der Zeit, bis aus Beleidigungen und Wurfgeschossen fliegende Fäuste werden“, kritisierte der VDStra. Bundesvorsitzende Hermann-Josef Siebigteroth mit Blick auf einen Vorfall, bei dem zwei Insassen eines Kraftfahrzeuges einen 39-jährigen Mitarbeiter der Autobahnmeisterei Fischbach verprügelt haben sollen. Der Straßenwärter hatte die beiden Männer zuvor lediglich darauf hingewiesen, dass sie den Standstreifen nicht befahren dürften.

Siebigteroth reagierte schockiert über die Bereitschaft mancher Verkehrsteilnehmenden, ihre kriminelle Energie und Gewaltbereitschaft mit körperlichen Übergriffen auf die Beschäftigten abzureagieren. „Es kann nicht hingegenommen werden, dass man Angst haben muss, seiner tagtäglichen Arbeit nachzugehen. Hier appellieren wir an die Arbeitgebenden und die Politik, sich gemeinsam mit uns als Fachgewerkschaft und betroffenen Kolleginnen und Kollegen dieses Problems anzunehmen, um schnellstmöglich Lösungen zu erarbeiten.“

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss steigt alarmierend

„Ein wesentlicher Grund für die hohe Zahl junger Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist die Wahl falscher Bildungswege und die einseitige Orientierung auf das Abitur“, sagte der VDR Bundesvorsitzende Jürgen Böhm am 19. April 2023.

Die Zahlen des neuen Berufsbildungsberichts des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) seien besorgniserregend. Demnach hat rund jeder sechste junge Erwachsene in Deutschland keinen Berufsabschluss. Böhm: „Viele junge Menschen werden aufgrund falscher Vorstellungen zum Studium gedrängt, um einem gewissen gesellschaftlichen Status zu entsprechen. Dabei wird die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung, die zum Beispiel mit einem Realschulabschluss sofort möglich ist und eventuell viel mehr den eigenen Wünschen und Kompetenzen entspricht, vollkommen vernachlässigt.“

Dem VDR Chef zufolge ist es ein großes Problem, dass viele junge Menschen und auch deren Eltern nicht ausreichend über die Chancen und Vorteile einer dualen Ausbildung informiert sind und stattdessen nur starr auf das Abitur fi-

xiert sind. Dadurch gingen viele wertvolle Talente verloren, die in einer Realschule mit anschließender beruflicher Ausbildung besser aufgehoben wären und ihr volles Potenzial entfalten könnten. „Wer über Jahrzehnte die qualifizierten Abschlüsse unsere Schulen vernachlässigt, die Schularten zu einem Einheitsbrei verschmelzen lässt, steht über Kurz oder Lang vor einem Scherbenhaufen der Gleichmacherei“, erklärte Böhm. „Auch mit der geringen gesellschaftlichen Anerkennung der beruflichen Ausbildung muss endlich Schluss sein!“

Böhm macht auch eine falsche Beschäftigungspolitik für die Situation verantwortlich. „Viele Unternehmen haben bis vor Kurzem zu sehr auf die Auswahl von Akademikern gesetzt und die Bedeutung von qualifizierten Fachkräften mit einer beruflichen Ausbildung vernachlässigt. Das rächt sich jetzt.“

Namen und Nachrichten

Die Bewerberlage ist schlecht: „Wer will schon im Justizvollzug arbeiten?“. Silke Jonas zum Beispiel, seit 23 Jahren, aus voller Überzeugung. Die 48-jährige Berlinerin arbeitet heute in der Untersuchungshaftanstalt Moabit. U-Haft ist nochmal ein Sonderfall, erzählt sie in Folge 8 des **dbb** Podcast DienstTag. „Die Häftlinge könnten ja unschuldig sein. Darum wird ihre Freiheit erstmal so wenig wie möglich eingeschränkt.“ Aber auch hier gilt wie im Regelvollzug: In der Haft wird den Insassen die Selbstbestimmung genommen. „Das ist aber der Kern der Freiheit“, so Silke Jonas. Die meisten Konflikte, Probleme und Herausforderungen im Umgang mit den Häftlingen ergeben sich aus diesem zentralen Stressfaktor. Der Umgang mit ihren „Kunden“ sei deshalb nicht immer ungefährlich, erzählt die Justizvollzugsbeamtin. „Aber in der JVA weiß ich zumindest, mit wem ich es zu tun habe. Draußen gibt es auch gefährliche Leute. Nur sieht man es denen halt nicht an.“ Gelegentliche Kritik an angeblich zu laschen Haftbedingungen lässt Silke Jonas nicht gelten. Sport- oder Medienangebote dienen vor allem dazu, eine Anbindung an die

„Welt draußen“ sicherzustellen und Sozialverhalten zu erlernen und zu üben: „Die Häftlinge werden bei uns nicht verhätschelt, sondern resozialisiert.“ Wirklich Sorgen macht den Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten dagegen der immer akutere Personalmangel. Silke Jonas: „Die Bewerberlage ist sehr schlecht geworden. Wir tauchen bei Überlegungen zur Berufswahl einfach nicht mehr auf. Wer will schon im Justizvollzug arbeiten?“ Den **dbb** Podcast gibt es auf vielen [Plattformen](#).

Ein Schritt in die richtige Richtung – aber nicht ausreichend: Der BDLS hat dem **dbb** ein offizielles Angebot zu den Themen Zeitzuschläge und Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende in der Luftsicherheit unterbreitet. Es weicht in wichtigen Punkten von den Forderungen des **dbb** ab. In der Verhandlungsrunde am 11./12. April 2023 in Frankfurt am Main hat die **dbb** Verhandlungskommission das Angebot mit der Arbeitgeberseite ausführlich diskutiert, aber eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Es wurde deutlich, dass insbesondere hinsichtlich des Mehrarbeitszuschlags und des Zeitpunkts des Inkrafttretens der Regelungen die Vorstellungen noch zu weit auseinanderliegen.

Auch bei den Zulagen für Führungskräfte und Auszubildende sollen die Arbeitgeber nachlegen. Ein neuer Verhandlungstermin ist in Planung. Das ausführliche Angebot gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Termine:

20. April 2023

**dbb Forum ÖFFENTLICHER DIENST digital:
„Tätowiert... war`s das mit der Verbeamtung?“**

Weitere Informationen unter [dbb.de](https://www.dbb.de)

22. April 2023

4. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

24. - 25. April 2023

5. dbb forum Inklusion und Teilhabe

Weitere Informationen unter [dbb.de](https://www.dbb.de)

14. Juni 2023

17. Frauenpolitische Fachtagung

Weitere Informationen unter [dbb-frauen.de](https://www.dbb-frauen.de)

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen unter [dbb.de](https://www.dbb.de)
